Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 47. Mittwoch den 16. Februar 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Mitglieder des Raths- und des Stadtverordneten-Collegiums werden zu einer

Mittwoch, den 23. Februar d. J., auf 6 Uhr Abends

im Saale der Ersten Bürgerschule abzuhaltenden gemeinschaftlichen öffentlichen Sitzung eingeladen.

Zweck der Sitzung ist die Wahl von 3 Mitgliedern und 3 Stellvertretern der Königl. Ersatz-Commission.

Leipzig, am 14. Februar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung,
die Anzeigeerstattung von Unglücksfällen in Fabriken betreffend.

Nach §. 1 der Ministerialverordnung vom 1. August 1878, die Fabrikeninspection betreffend, sind die Fabrikbesitzer und Fabrikleiter verpflichtet, wenn in Folge des Gewerbebetriebes eine Person das Leben verloren oder eine solche Beschädigung erlitten hat, daß sie länger als 72 Stunden an ihrer Arbeit behindert ist, der Gewerbepolizeibehörde (Stadtrath) und dem königlichen Fabrikeninspector davon Anzeige, und zwar im ersteren Falle sofort, im letzteren spätestens vier Tage nach Eintritt des Unfalls zu erstatten.

Dessen ungeachtet sind in neuerer Zeit diese Anzeigen vielfach unterlassen worden.

Wir bringen daher die eingangsgedachte Bestimmung hier den betheiligten Gewerbetre benden mit dem Bemerken in Erinnerung, daß wir gegen Zuwiderhandelnde auf Grund von §. 1, Abs. 2 der angezogenen Ministerialverordnung in Verbindung mit §. 148 der Reichsgewerbeordnung mit Geldstrafe bis zu 150 Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu vier Wochen nachdrücklichst vorgehen werden.

Leipzig, am 11. Februar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Mit Ostern d. J. sind von uns für Söhne oder Töchter hiesiger Eltern zwei ganze, nach Bestehen in zwei bis drei zu theilende Freistellen am königlichen Conservatorium der Musik allhier zu vergeben.

Die Vergebung erfolgt auf ein Jahr. Bewerbungen sind unter Bescheinigung der Ortsangehörigkeit der Eltern der Gesuchsteller und soweit möglich unter Beifügung von Zeugnissen über Wohlverhalten und Befähigung **bis zum 1. März d. J.** schriftlich an das Directorium des königlichen Conservatoriums der Musik allhier zu richten.

Leipzig, den 14. Februar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Verpachtung von Werk- und Lagerplätzen.

Die der Stadtgemeinde gehörige, **am Fahrwege nach dem Güterbahnhofe der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn** gelegene Parcelle Nr. 2786 der Stadtflur soll **in 4 Abtheilungen,** nämlich

Abtheilung I.	von 42.8 Ar	— 232	□M.	Flächengehalt
„ II.	„ 40.2 „	— 218	„	
„ III.	„ 32.6 „	— 177	„	
„ IV.	„ 36.0 „	— 195	„	

zur Benutzung als Werk- oder Lagerplätze auf die 9 Jahre 1881 bis mit 1889 an die Meistbietenden

Donnerstag den 17. dieses Monats, Vormittags 11 Uhr

an Rathsstelle (Rathhaus 1. Etage, Zimmer Nr. 16) **verpachtet** werden.

Die Verpachtungs- und Versteigerungsbedingungen sowie der betreffende Parcellirungsplan liegen auf dem Rathhaussaale, 1. Etage, zur Einsichtnahme aus.

Leipzig den 3. Februar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Ternitti.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 16. Februar.

Das Haupt der irischen Verschwörung, Mr. Parnell, ist aus England verschwunden; wie es heißt, um jenseits des Oceans seine agitatorische Thätigkeit zu Gunsten der Unabhängigkeit Irlands fortzusetzen. Dieser Mann war ein permanenter Schrecken für die englische Regierung; denn sein ganzes Bestreben läuft darauf hinaus, wenn einmal England sich in großer Kriegsgefahr befände, die förmliche Lossreißung der Grünen Insel von dem Reiche herbeizuführen. In einem solchen Falle wäre, darüber ist sich Jedermann in England klar, der erste Beschluß eines irischen Parlamentes, den Eintritt der Landesangehörigen in das englische Heer zu verbieten; der zweite: die darin befindlichen Iren unter Strafandrohung zurückzuberufen; der dritte: eine allgemeine Bewaffnung, unter Entwaffnung der reichstreuen Einwohnerschaft von Ulster, anzuordnen; der vierte: Allianzen mit England feindlichen Fremdmächten zu suchen. „Englands Verlegenheiten sind Irlands Gelegenheiten", so lautet der Wahlspruch dieses Mannes, der zwar heute sein Vaterland verlassen hat, aber sicherlich bald wieder von sich reden machen wird. Parnell schreckt vor keiner Consequenz zurück. Er gestand ganz offen im Parlamente ein, daß die Austreibung aller englischen und schottischen Gutsbesitzer aus Irland für ihn nur den Zweck habe, durch Beseitigung dieser am Reiche festhaltenden Bevölkerungstheile zum Sonderparlamente zu gelangen, daß aber — wenn erst gute Aussichten für eine allgemeine revolutionäre Erhebung vorhanden wären, wenn erst der Tag der Vergeltung gekommen sei — er es als die Pflicht jedes Irländers erachte, durch Blutvergießen die völlige Trennung vom Reiche herbeizuführen. Parnell hat schon seit langer Zeit sich in diesem Sinne geäußert, in der Presse und auf stürmischen Meetings in Irland. Bereits im October vorigen Jahres wünschte er einen bewaffneten Zug aus dem Auslande zu diesem Zwecke herbei, und im Parlamente sieht er durch seinen Trabanten Mac Carthy ganz unverfroren den Antrag stellen, Englands Regierungsgewalt auf der Grünen Insel aufzuheben und die Regierungsgewalt förmlich ihm, Parnell, dem Präsidenten der fünfzehn Millionen Iren — wie O'Donnell sich ausdrückte — zu übertragen. Selbst denjenigen englischen Liberalen, welche bis dahin das Möglichste in der Ireufreundlichkeit leisteten, fiel es dabei wie Schuppen von den Augen und der famose Antrag fiel platt zu Boden. Aber das revolutionäre Wort war einmal an geheiligter Stelle, im Parlamente, angesichts der ganzen Nation ausgesprochen; kein Wunder, daß es in Irland die stürmischste Erregung der Gemüther hervorrief und Parnell wie ein Halbgott auf der Bildfläche erschien. Begeistert schrieb ein irisches Blatt, Parnell habe zuerst, — welch ein Verdienst, kann man hinzufügen! — in die irische Politik eine wahrhaft „spitzfindige und subtile Jesuiterei" eingeführt. Wo eine solche Bezeichnung als hohe Ehre gilt, da muß es weit gekommen und die Gefahr auf das Höchste gestiegen sein. Die englische Regierung hat leider die irische Frage sich bis zu dieser bedenklichen Höhe vermögen lassen; sie hat stumm zugeschaut, wie schon vor Jahren der Versuch gemacht wurde, das irische Rebellenthum von Frankreich aus zu unterstützen. Wurde doch bereits Mac Mahon, der irischer Abkunft ist, als künftiger „König von Irland" gefeiert; ja selbst Sammlungen wurden auf der Grünen Insel veranstaltet, um dem heldenmüthigen, damals noch nicht geschlagenen Generale ein Ehrenschwert überreichen zu können. Gladstone hat jetzt die Pflicht, den irischen Aufstand rasch nieder zu werfen, die Rührung desselben von Frankreich und Amerika aus unmöglich zu machen und dabei alle Vorbereitungen zu treffen, um das sociale Elend in Irland durch eine einsichtige Gesetzgebung nach Möglichkeit zu lindern. Nur so wird Parnell in sein Nichts zurücksinken und höchstens als der Inbegriff „spitzfindiger und subtiler Jesuiterei" bei seinen Landsleuten in Betracht kommen.

Wir sind selten in der Lage, uns mit den Anschauungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" in Uebereinstimmung zu befinden. Um so williger erkennen wir das Verdienst des freiwillig-gouvernementalen Blattes an, auf die politische Bedeutung Lessing's in einem schwungvollen Artikel hingewiesen zu haben. Der hervorstechende, der charakteristische Zug, der das gesammte Leben und Wirken Lessing's durchdringt, ist, wie die „N. A. Z." überaus treffend hervorhebt, die bahnbrechende Tendenz. Die schweren Fesseln, in welche der dreißigjährige Krieg die nationale Entwicklung Deutschlands geschlagen, lasteten wie ein Alp auf dem Volke. Mit äußerster Langsamkeit, vielfach aufs Neue gehemmt, vollzog sich die wirthschaftliche Erstarkung Deutschlands; der deutsche Genius fing an, sich der ihm innewohnenden Kraft bewußt zu werden, aber er tappte noch unsicher und schwerfällig umher. Erst Lessing's freier klarer Blick überflog die hemmenden Schranken, sein gewaltiges Wort legte eine nachhaltige, klaffende Bresche in den Wall alteingewurzelter Vorurtheile und Irrthümer; er wies den Weg, welcher zu den höchsten Spitzen des deutschen Parnasses leitete. Der deutsche Gedanke, welcher heut in den tausend und aber-tausend Canälen der öffentlichen Meinung breit und majestätisch dahinfluthet, er lebte vor einem Jahrhundert nur in den Herzen weniger, aufgeklärter, ihrer Zeit weit vorausgeschrittener Männer; das römische Reich deutscher Nation war zu einem Schattenbild herabgesunken; an eine politische Selbstständigkeit des deutschen Volkes als solchen war nicht zu denken. Unter Denen, welche Deutschland geschickt machten, in den Geistes-wettkampf der Nationen als ebenbürtiger Bewerber einzutreten, welche ihm die Waffen schärften, steht Lessing in erster Linie. Sein kritischer Verstand erkannte die Irrthümer, in denen sich die damaligen Wortführer des deutschen Geistes bewegten; er deckte sie schonungslos auf, trieb die Gegner mit der Schärfe seines überlegenen Genies zu Paaren und zog ihnen auf dem von ihm für zielführend erkannten Weg siegreich voran. Sein „Laokoon", an dem sich ein Winkelmann gebildet, seine „Dramaturgie", welche dem deutschen Bühnenthum Ziel und Richtung verliehen, seine „Minna von Barnhelm", die erste von der Idee des nationalen Berufes der preußischen Monarchie getragene, wahrhaft volksthümliche Dichtung, sie sind die gewaltigen Marksteine des Lessing'schen Genius, zu denen die Nachwelt ehrfurchtsvoll emporschaut, die sie nie vergessen lassen, daß Lessing ein echter und rechter Pionier unserer nationalen Wiedergeburt gewesen, ein deutscher Geistesheld, dessen Bild rein und unverfälscht in Aller Herzen fortleben soll. Dieses schöne Wort des Regierungsblattes muß wie ein Donnerschlag auf die altpreußischen Orthodoxen wirken, deren Haß gegen unseren Nationaldichter bekanntlich keine Grenzen kennt.

Von allen Seiten kommen seit längerer Zeit Nachrichten, welche zu melden wissen, Deutschland habe in der griechischen Frage die diplomatische Führerschaft übernommen. So tönt es von überall her, namentlich von London, Wien, Rom und Petersburg. Man mag über den Ursprung und die Tendenz dieser Aeußerungen denken wie man will, Eins ist gewiß, daß ihnen eine Thatsache zu Grunde liegt, die jeden Deutschen nur mit gerechtem Stolze erfüllen kann, die Thatsache, daß alle Welt in der Stille fühlt, bei wem in schwerer Stunde der beste und heilsamste Rath zu erholen ist. Dieses Factum ist zwar nicht neu, es ist aber erfreulich und gut, es sich gelegentlich wieder dankbar zu vergegenwärtigen. Gerade weil Deutschland in der vorliegenden Frage so völlig uninteressirt ist, muß es ihm zweckmäßig erscheinen, in der Verhaltungslinie der übrigen Mächte, wenn nicht gar eher hinter derselben zu bleiben, und gerade in einer so reservirten Stellung wird Deutschland vermöge seiner Unbefangenheit der Erhaltung des Friedens die größten Dienste leisten können und auch wirklich leisten. Führen, wenn überhaupt eine Führerschaft nothwendig ist, mögen diejenigen, deren unmittelbar berührte Interessen sie dazu berechtigen. Deutschland wird das Vertrauen, welches Europa ihm entgegenbringt, zu rechtfertigen wissen, darüber wird weder Freund noch Feind im Unklaren sein.

Für das Reichstagspräsidium gilt folgende Liste: v. Arnim-Boitzenburg, v. Benda, Ackermann als wahrscheinlich. Die Besprechungen unter hervorragenden Fractionsführern haben indessen noch nicht zu einem abschließenden Ergebniß geführt. Namentlich die Conservativen halten sehr zurück mit ihrer Stellungnahme; sie warten offenbar auf eine Parole, die z. B. noch nicht ausgegeben ist. Von der Fortschrittspartei und den Secessionisten wird angenommen, daß sie sich an der Wahl nur durch die Abgabe weißer Zettel betheiligen werden; nach anderer Meinung haben sie die Absicht, ihre Stimmen auf den Abg. v. Forckenbeck als Zählcandidaten zu vereinigen.

Die Ultramontanen tragen ihre Erbitterung über die beabsichtigte Ausschließung ihrer Partei vom Präsidium offen zur Schau. Ihre Fraction sei mit 101 Mitgliedern die stärkste des Reichstages; sie seien es gewesen, die den Fürsten Bismarck in der Zollgesetzgebung positiv unterstützt hätten und auf Berücksichtigung Anspruch machen könnten; wollten die Conservativen sich von ihnen abwenden, dann würde es an einer sehr empfindlichen Rache nicht fehlen. Man wird indessen gut thun, die äußere Spannung zwischen der Rechten und dem Centrum nicht zu überschätzen. Ein belehrendes Beispiel bietet das Abgeordnetenhaus, wo die Ausschließung der Ultramontanen vom Präsidium gleichfalls nicht vermocht hat, die Einigkeit innerhalb der Minnigerode'schen Majorität zu stören. Ein Rückblick auf die letzte Präsidentenwahl des Reichstages vom 13. Februar 1880 wird gestattet sein; es wurden 265 Stimmzettel abgegeben, davon waren 21 unbeschrieben; von den verbleibenden gültigen Zetteln fielen 154 auf Grafen Arnim-Boitzenburg, 59 auf Herrn v. Bennigsen, 1 auf Herrn v. Forckenbeck. An der Wahl des ersten Vicepräsidenten nahmen 256 Mitglieder Theil, es wurden 92 unbeschriebene Zettel und 164 Stimmen für Herrn von Franckenstein abgegeben. Als zweiter Vicepräsident wurde Herr von Hölder von der Gruppe Schauß-Hölder mit 149 Stimmen gewählt. Derselbe lehnte jedoch den Eintritt in dieses Präsidium ab. Bei der weiteren Wahl waren von 202 Stimmzetteln 94 unbeschrieben, 108 fielen auf Herrn Ackermann. Der ganz eigenthümliche Eindruck der Wahlvorgänge konnte dadurch nur verstärkt werden, er war ein tief verstimmender und seine Nachwirkungen sind noch lange nicht zu Ende, ja sie werden voraussichtlich erst demnächst zur vollen Geltung kommen. Was Herrn v. Bennigsen betrifft, so glaubt die „Nat.-Ztg." dessen Stellung und Interesse richtig zu beurtheilen, wenn sie annimmt, daß er die Theilnahme an den Verhandlungen des Reichstages diesmal jeder anderen Stellung vorzieht und schon deshalb aus der Reihe der Candidaten für das Präsidium ausscheidet.

Die „Nat.-Lib. Corr." begrüßt es mit besonderer Freude, daß Graf Arnim-Boitzenburg sich nicht dazu hergeben werde, als Candidat einer conservativ-ultramontanen Coalition zu erscheinen. „Die klerikal-conservative Majorität, die in dem letzten Präsidium ausgeprägt war, wird, so schreibt das Blatt, aller Voraussicht nach nicht wiederhergestellt werden und zwar vornehmlich durch die Weigerung der deutschen Reichspartei und des bisherigen Präsidenten Grafen Arnim, an einer solchen Combination theilzunehmen. Wir können diese Wendung in den Anschauungen der deutschen Reichspartei, die im Grund nur eine nothwendige Folge aus der Lage ist, welche die Präsidentenwahl in der gegenwärtigen Session des Abgeordnetenhauses bestimmte, nur mit Genugthuung begrüßen und wir hoffen, das neue Präsidium des Reichstags wird aus derselben Combination entspringen wie das Präsidium des Abgeordnetenhauses. Wenn der Gedanke eines eine conservativ-klerikale Majorität darstellenden Präsidiums zu Boden fällt, so bleibt nur eine Majorität übrig, welche sich aus den verschiedenen Gruppen der Liberalen und den Conservativen oder deren gemäßigteren Elementen zusammensetzt. Wir hoffen, in dieser Richtung wird sich eine Verständigung vollziehen und in der Präsidentenwahl ihren Ausdruck finden, damit nicht wieder ein Ultramontaner und ein sächsischer Particularist an der Spitze der deutschen Reichsvertretung stehen."

Man berichtet uns, daß der Antrag der Abgg. Hobrecht, v. Bennigsen und Genossen in der Verwendungsgesetz-Commission zunächst nicht im Namen der nationalliberalen Partei eingebracht ist, welche es erst von dem Gange der Commissionsberathungen hat abhängig machen wollen, ihre Stellung zu den Einzelheiten der Reform zu nehmen. Ueber die formelle Seite des Antrags — die Verschmelzung des neuen mit dem alten Verwendungsgesetze und die Beseitigung des Wortes „unverkürzt", welches keinen andern Sinn als den der Wahlreclame haben kann — dürfte eine Meinungsverschiedenheit kaum bestehen. Die Beschränkung des völligen Classensteuererlasses auf die zwei untersten Stufen erscheint als eine Art von Entgegenkommen zwischen der Ansicht des Herrn Hobrecht, der als Finanzminister die vier untersten Stufen zu befreien gedachte, und derjenigen des Abg. Gneist, der von einer vollständigen Befreiung nichts wissen will. Für die Ueberweisung der halben Grund- und Gebäudesteuer an die Communen ist Herr Hobrecht in doppelter Weise gebunden, da er noch als Oberbürgermeister von Berlin an einer Petition in diesem Sinne sich betheiligt hat, die er später als Finanzminister in entgegenkommender Weise beantwortete. Vielfach gelten die Aussichten für das Zustandekommen des Verwendungsgesetzes als sehr gering, und es ist die Annahme ziemlich verbreitet, daß schon Ende dieser Woche der Schluß des Landtags erfolgen werde. Fürst Bismarck, heißt es, setze voraus, daß alsbald nach dem Zustandekommen des Reichsetats eine Auflösung des Reichstags unvermeidlich sein werde, und gedenke alsdann vor den Reichstagswahlen den Landtag zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen. Das Verwendungsgesetz würde dann in wesentlich veränderter Gestalt wieder vorgelegt werden. Auf der anderen Seite hält man indessen, falls eine Verständigung zwischen Conservativen und Ultramontanen erfolgen sollte, eine rasche Abpeckung der Berathungen sowohl in der Commission wie in beiden Häusern des Landtags für nicht ausgeschlossen.

On revient toujours à ses premiers amours — in der That. Das muß man dem Reichskanzler lassen, er kommt immer wieder mit Hartnäckigkeit auf seine alten Projecte wie auf eine Jugendliebe zurück. Der Zollanschluß von Altona ist zwar schon beschlossene Sache gewesen, aber wenn man sieht, mit welchem Eifer die Sache betrieben wird, sollte man wahrlich meinen, es handle sich dabei um Sein oder Nichtsein des ganzen Reiches. Altona und die Unterelbe, exclusive Cuxhaven, sollen dem Zollverein einverleibt werden und die Kosten sollen auf das Reich, Preußen und Hamburg vertheilt werden; daß Hamburg, dem man bei dieser Gelegenheit mit der Zollgrenze recht unbehaglich nahe auf den Leib rückt, bei diesem Act auch noch einen Theil der Kosten tragen soll, ist einer jener Fälle von Ironie, wie sie sich das Schicksal zuweilen erlaubt. Die Kosten selbst werden auf drei Millionen Mark veranschlagt und zwar zwei Millionen an einmaligen, eine Million an dauernden Ausgaben. Wie man mit zwei Millionen einmaligen Ausgaben zurecht kommen will, können wir uns nicht denken, denn Altona durch eine Zollgrenze von Hamburg zu trennen und den Verkehr zu überwachen, ist nicht so einfach. Die beiden Städte sind dicht zusammengebaut und durch zahlreiche Straßen verbunden. Der frühere preußische Antrag, auch St. Pauli dem Zollverein einzuverleiben, wurde auch damit motivirt, daß Altona zu schwierig von Hamburg zu trennen sei, während man St. Pauli, die Hafenvorstadt, leichter von Hamburg abschließen könne. Als man, infolge des energischen Protestes der Hamburger Bevölkerung, von St. Pauli Abstand nahm, schlug man vor, Altona und Hamburg durch eine Ringstraße zu trennen, deren Kosten damals auf 8 bis 10 Millionen Mark veranschlagt wurden. Denn es hätten zur Durchführung dieser Ringstraße viele Gebäude niedergerissen werden müssen. Wie man nun heute mit zwei Millionen einmaliger Ausgaben auskreichen und doch eine strenge Controle des Verkehrs herstellen will, ist völlig unerfindlich. Aber der Zollanschluß von Altona wird der Stadt und dem Reiche keine Vortheile bringen, im Gegentheil, und dann hat sie für diese Aenderung noch jährlich eine Million an dauernden Ausgaben zu tragen, gerade als ob nicht schon genug zu zahlen wäre! Die Zeit wird lehren, daß dies Vorgehen mindestens ein verfrühtes ist.

Der Sitzung des Herrenhauses am Mittwoch, in welcher der dauernde Steuererlaß zur Berathung steht, wird mit einer nicht gewöhnlichen Spannung entgegengesehen; dieselbe findet ihre Rechtfertigung in dem Commissionsbericht, der durch die Entschiedenheit seiner Sprache und durch die Art seiner Begründung vielfach überrascht. "Die preußische Regierung muß es sich sagen lassen, daß sie mit einer Fortsetzung ihrer jetzigen Finanzpolitik „dem Staatsbankerott zueilen würde", „daß die Erhöhung der Zölle ꝛc. eine größere Belastung namentlich der weniger bemittelten Volksclassen bewirkt habe und daß der vorgeschlagene Steuererlaß eine Verschlechterung unseres Steuersystems bedeute". Indessen erhält sich die Ansicht, daß das Plenum des Herrenhauses seine Commission nicht unterstützen werde. Hat doch Fürst Bismarck bereits das Gewicht seiner Stimme für den Erlaß in die Waagschale gelegt, und die preußischen Pairs werden es zu würdigen wissen, wenn ihnen, wie es im Commissionsbericht heißt, der Regierungscommissar mittheilt, daß der Finanzminister in Uebereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten Fürsten Bismarck dem größten Werth auf die Annahme der Vorlage lege.

Ueber die am letzten Sonnabend stattgefundene Sitzung des Bundesrathes liegt jetzt ein amtlicher Bericht vor. Nach diesem bezogen sich einige Ausschußberichte — in Bestätigung früherer Mittheilungen — a) auf den Voranschlag der Einnahme an Zöllen, Verbrauchssteuern ꝛc. für 1881/82, b) die Ergänzung des Etatsentwurfs für das Reichsamt des Innern durch Bildung einer Abtheilung für die Bearbeitung der volkswirthschaftlichen Angelegenheiten, c) den Entwurf des Etats der Reichsschuld für 1881/82, d) den Entwurf eines Gesetzes wegen Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen der Post, der Marine und des Reichsheeres. Sämmtliche Vorlagen fanden, zum Theil mit Abänderungen, die Genehmigung. Insbesondere wurden festgestellt die für das nächste Jahr zu erwartenden Erträge aus den Zöllen auf 188,250,000 Mark, aus der Tabaksteuer auf 4,578,000 Mark, aus den Aversen für Zölle und Tabaksteuer auf 3,829,000 Mark, die Ueberweisungen an die Bundesstaaten gemäß §. 8 des Gesetzes vom 15. Juli 1879 auf 66,657,000 Mark, der Anleihebedarf auf 53,369,221 Mark. Bezüglich der Ergänzungen zum Etatsentwurf für das Reichsamt des Innern blieb eine zweite Lesung vorbehalten.

Die Angelegenheit der Rhein-Nahe-Bahn ist in ein neues Stadium getreten; die Regierung wünscht, wie officiös verlautet, die Rückerweisung in die Commission, um auf Grund eines Ankaufscourses den 18 Procent eine neue Vereinbarung herbeizuführen. Die Zustimmung der Gesellschaftsorgane auf dieser Grundlage ist gesichert. Seltsamer Weise ist es der Finanzminister gewesen, der sich bisher am meisten für die Aufrechterhaltung des alten, für den Staat ungünstigeren Vertrages interessirt hat, sonst hätte auf der bezeichneten Grundlage schon vor Wochen ein Einverständniß erzielt werden können. Jetzt steht die Enge der Zeit hemmend im Wege.

Das Leiborgan Herrn v. Ludwig's, die agrarisch-gothaer-ultramontane und antisemitische „Deutsche Landeszeitung", hat sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, Lessing, unseren Nationaldichter, mit Koth zu bewerfen. Das conservative Blatt leistet in einem Artikel, dessen Inhalt das Papier nicht werth ist, auf dem es gedruckt erscheint, den folgenden unglaublichen Satz:

In vielen Fällen läßt man sich durch die Tagespresse verleiten, einen politischen Parteiführer zugleich als ein großes Licht der Wissenschaft gelten zu lassen, ohne nach dem „Warum" zu fragen. Die Zeitung liegt es Einem so oft vor, der und der Professor, den der Leser nur als Parteiführer kennt, ist eine Zierde der Wissenschaft, bis man es glaubt. Bekannt durch die Corruption der Denkweise ist vor Allem die jüdische Presse, und sie hat sich so manche Täuschung des Publicums zu Schulden kommen lassen. Der Ruhm der von der Presse creirten Wissenschafts- und Literaturgrößen pflegt nur ein Eintagsruhm zu sein; denn er schwindet mit dem Abtreten des betreffenden Parteiführers von der Bühne. Aber in einem Fall ist das deutsche Volk durch die jüdische Presse ein ganzes Jahrhundert in der schmachvollsten Weise getäuscht worden, nämlich im Falle Lessing's, denn dieser so hoch gepriesene Mann ist weder ein Dichter, noch ein Kunstkritiker, noch ein freisinniger, toleranter Denker, sondern ein gewöhnlicher Literat mit jüdischen Allüren, der nur wegen seiner Anwaltschaft für die Juden von den letzteren protegirt wird.

Und die Allüren der „Deutschen Landeszeitung"?

Man schreibt uns aus Wien vom 13. d.: „Wie heute aus Triest gemeldet wird, hätte der dortige Statthalter, Herr de Prestis, die Absicht, von seinem Posten zurück zu treten. Mit seiner Entfernung hätte die slavische Partei abermals einen Sieg zu verzeichnen, welche allerdings seit Wochen Alles aufbietet, um an die Spitze der Triester Statthalterei eine slavenfreundliche Persönlichkeit zu bringen. Zu diesem Zwecke haben sich die Triester Slovenen mit denen Krains und selbst der Untersteiermark verbündet, deren Wortführer der Reichsrathsabgeordnete Dr. Wosnjak ist, welcher erklärte, nicht eher ruhen zu wollen, bevor jener „slavenfeindliche Italiener" (de Prestis) entfernt sei. Die heftige Agitation, welche gerade in der letzten Zeit gegen Herrn de Prestis in Scene gesetzt worden, soll, wie man versichert, ausschließlich auf die Bestrebungen der slavischen Partei zurückzuführen sein. Auch der seiner Zeit sensationelle Artikel über de Prestis' italienische Sympathien im „Pester Lloyd" soll durch eine geheime slavische Vermittelung in jenes hocheffectiose ungarische Blatt